

Verhandlungen mit den Nationalliberalen.

Der neue Reichskanzler hat, wie wir erfahren, den Wunsch ausgesprochen, den Zusammentritt des Reichstages möglichst zu beschleunigen. Der ursprünglich mitgeteilte Termin, nämlich der 8. Oktober, wird keinesfalls abgewartet werden. Es ist sogar möglich, daß die selbsterwählte Absicht, den Reichstag zum Sonnabend einzuberufen, ebenfalls bald überholt sein wird. Der Aeltestenausschuß des Reichstages, der heute mittag um 1 Uhr zusammentrat, um in dieser Frage zu entscheiden, vertagte sich ohne jede Beratung sofort wieder für 2 Uhr. In der Zwischenzeit sollen, wie wir hören, wichtige Besprechungen stattgefunden haben. Der Aeltestenausschuß wird bei seinem Wiederzusammentritt wahrscheinlich die Frage erwägen, ob das Plenum des Reichstages, zum mindesten aber der Hauptausschuß, nicht schon zu morgen einzuberufen werden soll.

Eine weitere wichtige Veränderung in der parlamentarischen Lage ist darin zu erblicken, daß der Eintritt der National-Liberalen in den Regierungsbund sehr heute wieder mit Aussicht auf Erfolg diskutiert wird. Diese Wendung ist dadurch eingetreten, daß sich die Mehrheitsparteien offiziell an die national-liberale Fraktion gewandt und ihr das Mehrheitsprogramm zum Zweck der Stellungnahme der Nationalliberalen überreicht haben. Die Mehrheit hat sich dahin ausgesprochen, daß das Verbleiben der national-liberalen Parlamentarier in der Reichs-, bzw. preussischen Staatsregierung sehr wünschenswert sein würde.

In der Frage der Besetzung der Regierungsämter vertritt die Mehrheit den Standpunkt, daß es gerecht sein würde, wenn die Nationalliberalen ihren bisherigen Besitzstand an Regierungsstellen weiter behielten. Auch die fortschrittliche Volkspartei wird sich in dieser Hinsicht voraussichtlich auf ihren Status quo beschränken. Sie dürfte außer Herrn v. Payer, der als Vizekanzler im Amt bleiben soll, keinen neuen Staatssekretäre erhalten, und der preussische Ministerposten, der der Volkspartei zugesagt ist, bedeutet keinen Zuwachs, sondern ist nur die Einlösung eines Versprechens, das der Partei schon 1917 gemacht worden ist.

Diesen Standpunkt in der Personenfrage vermag die national-liberale Partei allerdings nicht zu teilen. Es besteht aber die Hoffnung, daß sich in dieser Hinsicht eine Verständigung erzielen lassen wird, falls es gelingt, in der zweifellos wesentlicheren Frage des Programms zu einer Einigung zu gelangen.

Aus diesen Mitteilungen über die voraussichtliche Zahl der fortschrittlichen Regierungssitze geht hervor, daß die heutigen Angaben des „Vorwärts“ über die Zusammensetzung der neuen Regierung im Reich unrichtig sind. Wie wir hören, handelt es sich dabei lediglich um ein Projekt, das den Wünschen der Sozialdemokraten entspricht, von den anderen Mehrheitsparteien bisher aber nicht gebilligt wird.

Wenn die Unrichtigkeit der Mitteilungen des „Vorwärts“ richtiger sind als die angeführten Einzelheiten, so würde, abgesehen von der parlamentarischen Zusammensetzung, an der neuen Regierung ausführlich und wichtig sein, daß sie durch die kollegiale Beratung besonders wesentlicher Fragen sich bis zu einem gewissen Grade dem Charakter eines Reichsministeriums annähert, ohne ihn allerdings zu erreichen. Dazu fehlt die grundsätzliche Gleichstellung der Staatssekretäre gegenüber dem Reichskanzler, bzw. die Aufhebung ihrer Eigenschaft als Stellvertreter des Kanzlers, ferner aber auch das Stimmrecht der einzelnen Staatssekretäre in einem Ministerium.

Mit ähnlichen Einschränkungen kann man die vom „Vorwärts“ angekündigte Einsetzung eines engeren Ausschusses, bestehend aus dem Reichskanzler, dem Vizekanzler und den beiden

Staatssekretären ohne Portefeuille mit der englischen Einrichtung des Kriegskabinetts vergleichen.

Es ist schon mehrfach erwähnt worden, daß zwei neue Reichsämter gegründet werden sollen, nämlich ein Arbeitsamt und ein Presseamt. Leider ist bisher über die Befugnisse gerade des letzteren nicht viel bekannt geworden. Es soll eine Zusammenfassung der bisher unabhängigen Presseabteilungen der verschiedenen Ämter bilden, doch ist noch nicht klar, in welcher Richtung es sich zu betätigen haben wird. Nur von seinen Funktionen als Propagandaministerium wird gesprochen. Dagegen ist nicht gut zu verstehen, weshalb es die wichtigste Funktion auf dem ihm zuständigen Gebiet, nämlich die Ueberwachung der Zensur, nicht ausüben soll.

Schließlich bleibt immer noch die Frage nach der Besetzung einiger wichtiger Reichs- und Staatsämter offen, von denen auch im „Vorwärts“ keine Rede ist. Es ist verwunderlich, daß die Mehrheitsparteien im Verkehr mit dem Kanzler bisher noch keine Dispositionen über die Besetzung des Reichs-Marineamts und des Kolonialamts, des Ernährungsamts und des preussischen Kriegsministeriums getroffen haben.

Die vom „Vorwärts“ aufgestellte Ministerliste, die mindestens zum Teil bereits als überholt gelten kann, lautet:

Reichskanzlei. Reichskanzler: Prinz Max von Baden. Vizekanzler: v. Payer. Staatssekretäre ohne Portefeuille: Scheidemann und ein Zentrumsabgeordneter, ferner ein Sozialdemokrat als parlamentarischer Unterstaatssekretär.

Staatssekretariat des Außern. Staatssekretär: Einer von drei vorgeschlagenen Diplomaten, die alle drei mit ihrer Ueberzeugung auf dem Boden des neuen Regierungsprogramms stehen. Zwei parlamentarische Unterstaatssekretäre.

Reichsarbeitsamt. Staatssekretär: Ein Sozialdemokrat. (Ueber die Person soll noch die Generalkommission der Gewerkschaften befragt werden.) Zwei parlamentarische Unterstaatssekretäre: Ein Fortschrittler und ein Zentrumsmann.

Reichsamt des Innern. Staatssekretär: Ein Zentrumsabgeordneter.

Reichspresseamt. Staatssekretär: Erzberger (Ztr.). Zwei parlamentarische Unterstaatssekretäre: Ein Fortschrittler und ein Sozialdemokrat.

Reichswirtschaftsamt. Staatssekretär (wie bisher) v. Stein, ferner ein Sozialdemokrat als parlamentarischer Unterstaatssekretär.

Reichshygieneamt. Staatssekretär (wie bisher): Graf Roedern, ferner ein Zentrumsabgeordneter als parlamentarischer Unterstaatssekretär.

Preussisches Staatsministerium. Sozialdemokratie, Zentrum und Fortschrittspartei stellen je einen Minister.

Die Sozialdemokratie stellt also: einen Staatssekretär ohne Portefeuille (Scheidemann), den Staatssekretär des Reichsarbeitsamts, einen preussischen Minister, je einen Unterstaatssekretär bei der Reichskanzlei, beim Reichspresseamt, beim Reichswirtschaftsamt und beim Reichsernährungsamt (wie bisher, Dr. August Müller).

Der „Vorwärts“ teilt weiter mit, daß die Entsendung des Abgeordneten Scheidemann als Staatssekretär ohne Portefeuille auf Vorschlag des Abgeordneten Obert durch einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes und des Fraktionsvorstandes erfolgt.